

**ICE-Neubaustrecke:** Sorge um Natur im hessischen Ried / SPD-Abgeordneter Norbert Schmitt kritisiert Landrat Matthias Wilkes (CDU) / Morgen Pressekonferenz mit Lorschs Bürgermeister Klaus Jäger

## **Bergsträßer Politiker und NABU lehnen geplante ICE-Variante ab**

bergstrasse. Am Samstag berichtete der Bergsträßer Anzeiger auf Seite 1, dass sich die Deutsche Bahn und die Metropolregion Rhein-Neckar auf einen Kompromiss bezüglich der neuen ICE-Trasse geeinigt haben. Sie soll auf der Höhe von Lorsch diagonal durch den Lampertheimer Wald zum Mannheimer Hauptbahnhof führen. Zusätzlich soll es einen "Mini-Bypass" über die bestehende östliche Riedbahn geben. Dieser Kompromiss schlägt im Kreis Bergstraße nun hohe Wellen.

Zunächst hatte Landrat Matthias Wilkes (CDU) die neuen Pläne kritisiert, da die geplante Trasse mitten durch die Natur des hessischen Rieds führt. Für morgen (Mittwoch) kündigte er eine gemeinsame Pressekonferenz mit den Bürgermeistern Klaus Jäger (Lorsch) und Erich Maier (Lampertheim) an.

Heftigen Widerstand kündigte auch SPD-Landtagsabgeordneter Norbert Schmitt an. Die Züge durch den Wald zu führen, sei "völliger Wahnsinn" und belaste Mensch und Natur noch stärker als die bisher geplanten Varianten entlang der A 5 oder der A 67.

Zugleich machte Schmitt Landrat Wilkes heftige Vorwürfe. Dieser habe abgewiegelt, als Schmitt bei Beratungen des Bergsträßer Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur eine klar ablehnende Stellungnahme des Kreises im Rahmen des Regionalen Entwicklungsplans gegen die Variante durch das hessische Ried beschlossen haben wollte.

Wie im Ausschussprotokoll vermerkt, hatte Schmitt in der Sitzung vom 30. Juli 2007 einen Beschluss des Kreises gefordert, nach dem nur die Trassenvarianten entlang der A 5 und der A 67 "planungsverträglich und zu prüfen" seien. Verzichtet werden sollte nach Schmitts Forderung auf eine Weiterverfolgung der "Mark-Variante", wie die alternative Trassenführung durch das Ried, vorgeschlagen von SPD-Bundestagsabgeordnetem Lothar Mark, bezeichnet wird.

Im Protokoll wird Schmitt weiter zitiert: "Ein Festhalten des Verbands Region Rhein-Neckar (VRRN) an einer Überprüfung dieser Variante führe zu einem Konflikt zwischen dem Kreis und dem VRRN." Laut Protokoll habe Landrat Matthias Wilkes "keinen aktuellen Handlungsbedarf unter Hinweis auf das Planungsstadium des einheitlichen Regionalplans für die Region Rhein-Neckar" gesehen. Im Rahmen des weiteren Planaufstellungsverfahrens könne der Kreis noch initiativ werden, falls die "Mark-Variante" vom VRRN favorisiert werde.

"Aus dem Protokoll ist ersichtlich, dass Landrat Wilkes mit dafür verantwortlich ist, dass nun anscheinend auf dem Rücken des Kreises zwischen der Bahn und der Stadt Mannheim Geschäfte gemacht werden", so Schmitt. "Ein klares Nein, wie von der SPD gefordert, hätte allen Beteiligten signalisiert, dass diese Variante mit dem Kreis Bergstraße nicht zu machen ist."

Mit dem Akzeptieren des Überprüfens der Trasse habe Wilkes Interessierte beim VRRN ermuntert, auf Kosten des Kreises Planungen voranzutreiben, so Schmitt.

Er vermute dahinter Interessen der Stadt Mannheim, die einen Bypass verhindern wolle, um den ICE-Anschluss Mannheims sicherzustellen.

"Sollte die Bahn tatsächlich über einen Schienenverlauf durch das Ried nachdenken, kann sie sich ihre Pläne für einen Neubau abschliffen", so Schmitt. Schon der favorisierte Verlauf entlang der A 67 sei nicht unproblematisch und könne nur akzeptiert werden, wenn die Anwohner durch einen Tunnel vor zusätzlichem Lärm geschützt würden.

Auch der Naturschutzbund (NABU) Hessen protestiert gegen den Kompromiss von Deutscher Bahn und Metropolregion. "Die Riedwälder am Rand des Ballungsraums sind von herausragender Bedeutung als Erholungsgebiet für die Menschen, als Grundwassereinzugsgebiet und für den Naturschutz", so Landesvorsitzender Gerhard Eppler.

Es gehe nicht an, eines der letzten zusammenhängenden Waldgebiete in der hessischen Rheinebene durch eine Bahntrasse zu zerstückeln, für die es umweltverträglichere Varianten gebe. Die geplante Trasse sei im Raumordnungsverfahren nicht näher untersucht worden. Dies müsse somit vor einem Planfeststellungsverfahren ohnehin noch einmal aufgerollt werden. Ein neues Raumordnungsverfahren werfe die Streckenplanung noch einmal um Jahre zurück, und auch dies sei nicht im Sinne des Umweltschutzes. Man wolle schließlich möglichst viel Verkehr auf die Schiene verlagern.

Auch ein Verkehrsprojekt von europäischer Bedeutung dürfe nicht auf dem Rücken der Natur durchgesetzt werden. "In dem Waldstück liegen außerdem mehrere Vogelschutzgebiete", sagte Eppler und kündigte Widerstand an. red